

Sohrauer Stadtblatt.

Ämtliches Publikations-Organ der Behörden von Sohrau O.-S., sowie der Vereine.

Mit der Gratis-Unterhaltungs-Beilage „Illustriertes Sonntagsblatt“.

Erschein.

Wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend.
Bezugspreis: Vierteljährlich 1 Mk. am Ort 4.00 Mk.,
bei allen Postanstalten 4.50 Mk.

Druck und Verlag:

B. Hunsolt's Stadt- und Buchdruckerei, Sohrau O.S.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Hunsolt.

Anzeigen-Preis:

Für die einspaltige Beilage oder deren Raum 50 Pf.
Zusätzliche Annahme bis nachmittags 1 Uhr vor dem
Erscheinungsstage.

Nr. 85.

Samstag, 27. Okt.

Mittwoch, den 27. Oktober 1920.

Samstag, 27. Okt.

42. Jahrg.

Der Reichshaushaltsetat.

Berlin, 23. Oktober. Für die Durchführung des Friedensvertrages sind im Reichshaushaltsetat 41 440 371 969 Mark eingelegt, davon für die Ententebezahlung 15 505 250 000 Mark (1919: 9,20 Milliarden.)

Gäste beim Kaiser in Doorn.

Wie eine Berliner Nachrichtenstelle meldet, traf am 16. Oktober der ehemalige Regierungsrat Professor Max Friedländer aus Berlin in Doorn ein und überreichte das während des Krieges veröffentlichte Volksliederbuch für gemischten Chor. Auf Wunsch der Kaiserlichen Majestäten hielt er später einen Vortrag über die Geschichte des deutschen Volkslieds. Die Begleitung der in den Vortrag eingestreuten Gesänge wurde durch Professor Julius Röntgen, Direktor des Königlich-konservertoriums in Amsterdam, ausgeführt.

Unerfährbar!

Berlin, 22. Oktober. Zu den Vorforderungen der Entente wird mitgeteilt, was wir bereits geliefert haben. Die Ablieferung hat zu unerfährlichen Schädigungen unserer gesamten Viehwirtschaft geführt. Insbesondere ist der Milchschwand ungeheuerlich. Der Ausfall an Milch und Fleisch läßt sich überhaupt nicht schätzen. Ganze Ställe sind vollständig ausgehorbt. Die Milchablieferung der Großstädte ist katastrophal geschädigt. Die Grenze des Ertrags ist erreicht, wenn nicht schon überschritten. Bei dieser Lage der Dinge sieht die Entente das Verlangen auf rund 800 000 weitere Milch Kühe.

Ein deutsch-russisches Geschäft.

Berlin, 21. Oktober. Wie der „Chemn. Anz.“ aus Essener industriellen Kreisen gemeldet wird, steht der Abschluß eines für die Entwicklung der deutschen Wirtschaft überaus wichtigen Vertrages zwischen Sowjetrußland und der deutschen Regierung unmittelbar bevor. Es handelt sich um die von Minister Dr. Siemens bereits vor einiger Zeit erwähnte Bestellung russischer Lokomotiven in Deutschland. Diese Bestellung sollte erst nach England gegeben werden, aber die englischen Forderungen waren zu hoch, so daß sich die Sowjet-Regierung entschloß, in Deutschland die Lokomotiven bauen zu lassen. Bei dem Auftrage, der sich auf etwa 600 Millionen Goldmark beläuft, ist allerdings die Bestimmung getroffen, daß er in Wirklichkeit erst dann erteilt wird, wenn der russisch-polnische Streit beigelegt ist. Die Vorträge sind aber in all ihren Einzelheiten bereits fertiggestellt und warten nur noch der Unterzeichnung. Die russischen Gelder sind bei zwei auswärtigen Banken angelegt, wo der deutschen Regierung entsprechender Kredit für Lebensmittel- und Rohstoffankäufe eröffnet wird.

Lloyd George hat die Sache satt.

Genf, 23. Oktober. „Echo de Paris“ behauptet in seinem Freitag-Bericht offen die Möglichkeit des Austrittes Lloyd Georges. Das Blatt berichtet, daß Lloyd George an Lord Grey mitgeteilt habe, daß er die Sache bald satt hätte, wenn die Einheit der Alliierten fortgesetzt Schwierigkeiten ausgesetzt würde.

Der Streik in England.

Paris, 23. Oktober. „Petit Parisien“ meldet aus London, daß in Bradford 13 000 Transportarbeiter ausfindig sind. Der Arbeitsminister teilt mit, daß außer den Bergarbeitern noch 3 005 000 Arbeiter zum Streik gezwungen seien.

Rotterdam, 23. Oktober. Oesteren sind keine Schiffe aus England mehr in holländischen Häfen eingelaufen. Die englische Post ist infolgedessen ausgeblieben. Im Telegrammverkehr mit Irland sind Schwierigkeiten eingetreten.

Nach einer „Times“-Meldung wollen die Beamten der Stadt London in den Streik treten.

Generalkrieg auch in Irland.

Basel, 23. Oktober. Der „Basler Anzeiger“ meldet aus Dublin: Die Sinnfeiner haben für kommenden Montag den Generalkrieg in Irland erklärt zur Unterstützung der im Streik stehenden englischen Arbeiterchaft.

Das Ruhrgebiet als Faustpfand?

Von gutunterrichteter parlamentarischer Seite wird mitgeteilt, daß die Franzosen bei den Wiedergutmachungsverhandlungen mit allen Mitteln darauf hinarbeiten, das Ruhrgebiet als Faustpfand für die Wiedergutmachungszahlungen unter die Verwaltung der Alliierten zu bringen. Sie haben aber sehr wenig Aussicht, diese Absicht zu verwirklichen, weil nach den Bestimmungen des Friedensvertrages die besetzten Gebiete in Deutschland bereits als Garantien für die Wiedergutmachungen festgelegt sind.

Frankreich mit der Waffenablieferung angezogen.

Genf, 25. Oktober. Der „Matin“ meldet, daß nach den Berichten der Berliner Entente-Kommission die deutsche Waffenablieferung als ungenügend anzusehen sei. Von etwa 1 1/2 Millionen Waffen im Privatbesitz sei nach den amtlichen deutschen Angaben erst der dritte Teil zur Ablieferung gelangt.

Rückblick.

Rom, 23. Oktober. Hundert Pilger aus Deutschland sind unter Führung des Erzbischofs von Köln hier eingetroffen.

Maßregelung eines deutschen Geistlichen.

Der „Germania“ wird aus Danzig gemeldet: Danzig, 21. Oktober. Dem Domherrn Dr. Behrens in Pöplitz ist von der polnischen Regierung die kanonische Anerkennung als Professor des Priesterseminars entzogen worden. Gleichzeitig hat nach Meldung des Robotnik das polnische Ministerium in Polen den Synodus des Bistums Culm aus Polen ausgewiesen.

Der Dank des Admirals Scheer.

WTB. meldet: Herr Admiral Scheer ersucht uns, seinen Dank für die Teilnahme zum Ausdruck zu bringen, die ihm von so vielen Seiten ausgesprochen worden ist, daß er sich außerstande sieht, allen persönlich zu danken, besonders den alten Kameraden aus der Marine, zahlreichen Adressaten und Vereinigungen. Der Herr Admiral teilt zugleich mit, daß die Wiederherstellung seiner jüngsten Tochter gute Fortschritte mache.

Der irische Martyrer.

London, 24. Oktober. Der Bürgermeister von Cork ist heute gestorben. — Der Hungerstreik des Bürgermeisters von Cork hat 74 Tage gedauert.

Oberschlesien.

Bundesstaat Oberschlesien.

Berlin, 22. Oktober. Der Ausschuss des Reichstages für auswärtige Angelegenheiten ist heute vormittag im Reichstag abermals zusammengetreten. Er hat seine Beratungen am Donnerstag über die ober-schlesische Autonomiefrage abgebrochen, um der Reichsregierung und dem preussischen Kabinett erneut Zeit zu Verhandlungen über diese Frage, in der zwischen den beiden Kabinetten Meinungsverschiedenheiten bestehen, zu geben.

Es waren u. a. anwesend: Der Reichskanzler sowie die Reichsminister des Auswärtigen und des Inneren, ferner die ober-schlesischen Abgeordneten des Reichstages und der preussischen Landesversammlung. Das Ergebnis der

Verhandlungen ist folgendes: Die Reichsregierung wird demnächst ein Gesetz einbringen, das in Oberschlesien nach dessen Entscheidung für Deutschland die volle gliederstaatliche Autonomie einführt, wenn die ober-schlesische Bevölkerung sich für diese Autonomie erklärt. Die Annahme dieses Gesetzes im Reichstag ist nach den Verhandlungen des Ausschusses und den dort von den Vertretern sämtlicher Parteien abgegebenen Erklärungen gesichert.

Herr Pfarrer Ullrich, der Vorsitzende der katholischen Volkspartei Oberschlesiens, erklärte nach diesem Beschluß einem Berliner Vertreter folgendes:

Wie sich das ober-schlesische Volk bei der Abstimmung entscheiden wird, ist jetzt nicht mehr zweifelhaft. Deutschland hat ihm alle Wünsche bezüglich der Freiheit der Muttersprache, der Religion, der Schule, der selbstständigen Verwaltung usw. erfüllt, Polen dagegen nicht. Bleibt Oberschlesien bei Deutschland, dann bleibt es bei einem festen großen Staatsgefüge, das sich immer als das Land der Ordnung bewiesen hat, während es bei Polen einem unfertigen Staate sich anschließen würde, der, wie der Kurier Warschau noch dieser Tage schrieb, vor dem Bürgerkrieg steht. Es gibt für niemanden mehr auch nur den kleinsten Grund, sich bei der Abstimmung gegen Deutschland zu entscheiden.

Berlin, 25. August. Im Anschluß an die Sitzungen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten am Sonnabend fanden Fraktions-sitzungen des Reichstages statt. In der Fraktions-sitzung der Mehrheits-Sozialisten wurde mitgeteilt, daß die Autonomievorlage für Oberschlesien innerhalb 14 Tagen dem Plenum des Reichstages vorliegen würde.

Die bischöfliche Jurisdiktion im Abstimmungsgebiet.

Breslau, 22. Oktober. Am 6. Oktober fand sich in der „Schlesischen Volkszeitung“ der Abdruck eines Schreibens des Ministerpräsidenten in Warschau vom 11. September 1920 vor des Inhalts, daß der Herr Nuntius das Recht habe, jede kirchliche Anordnung des Fürstbischöfs von Breslau zu suspendieren und mit der ganzen Autorität des Apostolischen Stuhles vom Breslauer Fürstbischöf die Ausführung jeder kirchlichen Anordnung zu verlangen, die er für die Sicherung der Abstimmung für notwendig halte, namentlich auch hinsichtlich der Ernennung und Transferierung der Geistlichen. Der Nuntius bestimme im Abstimmungsgebiete alle bischöflichen Rechte usw. Korrespondent hatte dieses Warschauer Schreiben, das mit angeblichen Informationen des polnischen Gesandten am Vatikan aufwarte, dazu benutzt, um in den katholischen Kreisen Oberschlesiens Verwirrung anzurichten. Der Heilige Stuhl ist um authentische Erklärung angegangen worden. Diese ist nun erfolgt.

1. Am 12. Oktober sandte der Kardinal-Staatssekretär an den Fürstbischöf ein Telegramm, das die „Schles. Volksztg.“ ebenso wie das folgende Erläuterungsschreiben im Urtz und in der Uebersetzung bringt. Das Telegramm des Kardinal-Staatssekretärs lautet:

Die Erklärungen, über welche Ew. Eminenz im Briefe vom 6. Oktober berichteten, sind niemals von der Staatssekretäre gegeben worden, weder in den mitgeteilten noch in ähnlichen Abdrücken. Ein Erläuterungsschreiben folgt nach.

Kardinal Gaspari.

2. Das Erläuterungsschreiben des Herrn Kardinal-Staatssekretärs vom 13. Oktober hat folgenden Wortlaut:

Es ist Ew. Eminenz wohl bekannt, daß bei der Bestellung des apostolischen Nuntius von Polen zu einem hohen kirchlichen Kom-

missar für die Abstimmungsgebiete der Heilige Stuhl einzig und allein die Absicht hatte, die Abstimmungsfreiheit sicherzustellen und die Gemüter zu beruhigen, und daß es sich niemals darum handelte, die ordentliche Jurisdiktion aufzuheben oder zu vermindern, die Ew. Eminenz in jenen Gebieten zusteht. Im Zusammenhang damit hat der Heilige Stuhl es niemals daran fehlen lassen, zu wiederholten Malen dem Herrn polnischen Gesandten zu erklären, daß Ew. Eminenz Ihre Jurisdiktion in vollem Umfange auch über jenen Teil der Diöcese Breslau erhalten haben.

Das Hohe Ressort fügt dann noch entscheidend hinzu, wenn jemand dem Herrn Kardinal dennoch Vollmachten belege, die er nicht hat, so dürfte dem nur Mißverständnis zugrunde liegen.

Zur Bornahme der Abstimmung.

Berlin, 23. Oktober. Gegenüber einer Meldung der polnisch orientierten Oberschlesischen Grenzzeitung, daß die deutsche Regierung alle Hebel in Bewegung setze, die Volksabstimmung in Oberschlesien bis in den Sommer zu verschieben, wird in der „Deutschr. Allg.-Ztg.“ erklärt, daß es weder in Oberschlesien noch im übrigen Deutschland irgendeine Inanspruchnahme, die nicht wünschenswert, daß die untragbare Unsicherheit in Oberschlesien nicht durch eine möglichst schnellste Entscheidung beseitigt werde. Aber selbstverständlich fordere man von deutscher Seite die Garantie, daß die Volksabstimmung in allen ober-schlesischen Bezirken unbeeinträchtigt erfolgen könne.

Zweiterlei Maß.

Oppeln, 23. Oktober. In Oppeln wurden heute eine ganze Anzahl Tanks ausgeladen, ebenso eine Formation weißer Kolonialtruppen aus Argentinien. Die Nordgrenze Oberschlesiens soll durch einen starken Truppenkorps abgesperrt werden, während die Grenze nach Polen noch wie vor offen steht. In den letzten Tagen sind wieder zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden.

Der Termin

der ober-schlesischen Abstimmung.

Berlin, 25. Oktober. Der „Pariser Temps“ und der „Mail“ schreiben am Sonnabend, daß sich Frankreich beim Vorschlagerrat für den polnischen Antrag verhalten habe, die Volksabstimmung in Oberschlesien in der ersten Aprilwoche 1921 stattfinden zu lassen.

Räntner aus Oberschlesien.

Oppeln, 21. Oktober. Die Zentrale des Verbandes heimattreuer Oberschlesier hatte vor einigen Tagen an den Präsidenten des Primatienstes in Klagenfurt aus Anlaß des schönen deutschen Abstimmungsfestes in Räntner ein Glückwunschtelegramm geschickt. Darauf ist jetzt folgende Antwort eingegangen:

Räntner verbannt seinen Sieg seinem trotz aller Not ungebogenen Verharren auf seinem Recht der Heimattreue der Zone A und der geschlossenen Einheit aller Räntner bei der selbstlosen Mitarbeit zur Erhaltung der Heimat. Möge uns ein gleiches Zusammenstehen unseres ganzen Volkes bald ein einiges Großdeutschland bringen. Für übermittelte Glückwünsche innigsten Dank.

Heimattreuer Klagenfurt.

Patenschaften deutscher Städte.

Vor wenigen Tagen wurde bekannt, daß München die Patenschaft für Lublitz übernommen hatte. Vorher hatte schon St. Etienne für Hagenberg die Patenschaft übernommen. Münster in Westfalen ist die Patenschaft für Bydow übernommen, Kiel für Nikolai und Gdansk für Groß-Strehlitz.

Prophezeiung der Pariser Presse.

Paris, 23. Oktober. Das „Echo de Paris“ setzt seine Bericht über Oberschlesien fort: Wenn Deutschland in Oberschlesien kämpfte, so geschähe das hauptsächlich wegen der wirtschaftlichen Bedeutung des Landes. Dem steht aber der überwältigende nationale Wille des Volkes gegenüber. Koranly habe während der Unruhen erklärt, er habe keine Furcht, er fürchte auch nicht die deutsche Invasion bei der Abstimmung; es würden keine 50000 kommen. Das „Echo de Paris“ prophezeit, daß in drei Monaten Oberschlesien polnisch sein werde. Ob es friedlich geschehe, das werde von Berlin abhängen; aber wenn es nötig sei, würden 20 polnische Divisionen dafür sorgen, Deutschland auf dem Weg des Besiegtes zurückzuführen.

Einberufung des paritätischen Beirats bei der Internationalen Kommission.

Nachdem General Le Rond nach seiner Rückkehr aus Paris die Gespräche des Präsidenten der Internationalen Kommission wieder übernommen hat, ist der von der Internationalen

„Oberschlesier!“
Polen braucht Eure Heimat als Pfand
für seine Schulden.
Bedenket das bei der Abstimmung!

Kommission im August angesehene paritätische Beirat, bestehend aus je sechs Deutschen und Polen, am Donnerstag, den 23. Oktober nach Oppeln in das Hauptquartier eingeladen worden. Daraus geht hervor, daß die in verschiedenen Blättern kürzlich erscheinende Notiz, wonach dieser Beirat nicht zusammentreten würde, unzutreffend ist.

Für die ober-schlesischen Kriegesbeschädigten.

Einen wichtigen Faktor im großen Rahmen des Militärversorgungswesens bilden die Versorgungsregulierungsstellen, die die Anweisung und Zahlung der Militärversorgungsgeldern betreffen.

Für Oberschlesien ist es die Versorgungsregulierungsbehörde 18 in Oppeln, der etwa 46000 in Oberschlesien wohnende Militärrentenempfänger und 42000 Militärrentenbesitzer, zusammen also 88000 ober-schlesische Militärversorgungsberechtigte, angeschlossen sind.

Zur Auszahlung gelangen jährlich etwa 100 Millionen Mark nach dem alten Versorgungsrecht, nach dem neuen Versorgungsrecht eine erheblich höhere Summe. Zur glatten und schnellen Erledigung des Sachverhalts mit der Versorgungsregulierungsbehörde ist es notwendig, daß Militärrentenempfänger und Rentenbesitzer in ihren Eingaben die Stammtafelnummer und Katasterbezeichnung angeben. Eingaben an die Versorgungsregulierungsbehörde in Oppeln sind anzugehen, für die die genannte Behörde nicht oder nicht vollständig ist, die von ihr also nicht bearbeitet werden können, werden an die zuständige Stelle weitergeleitet unter gleichzeitiger Benachrichtigung des Landes, wohin die Eingabe abgegeben ist.

Kolales u. Provinzielles.

Sobran C.C., den 26. Oktober 1920.

§ (Die Stadtverordnetenversammlung), die für Donnerstag nachmittag 3 Uhr anberaumt ist, hat 13 Vorlagen zu erledigen, darunter als wichtigste die Regelung der Beamtengehälter nach den staatlichen Grundätzen. Die Bürgerweihwahl ist bis jetzt noch nicht auf der Tagesordnung; dieselbe soll erst in der nächsten in Räte stattfindenden Sitzung erfolgen.

§ (Die Oberin der städtischen Pflegeanstalt), Schmeiser Hedwig, ist mit dem städtischen Räte 2. Klasse ausgeschieden worden.

§ (Der blasse Vaterl. Frauenverein) hat gestern mit der Spinnung durch die Arbeiter begonnen. Gestern wurde Socio und weiße Semmel, heute Bohnensuppe und Semmel gereicht. Durch dieses Beisammeln werden hier bis auf weiteres wöchentlich mehr als 100 Personen (Frauen und Kinder) gespeist.

§ (Erhöhung des Schulaufsatzes.) Das Rektoratium der städtischen höheren Knabenschule trat am Freitag zu einer Sitzung zusammen, welche beschloß, eine Erhöhung des Schulaufsatzes den städtischen Behörden vorzuschlagen. Dasselbe soll wie an allen höheren Schulen 500 M. jährlich betragen. Von auswärtigen Schülern soll außerdem ein Zuschlag von 100 M. für das Jahr erhoben werden. — Dieser Bescheid wird zwar nicht die Freude der Eltern erwecken; er ist aber begründet, wenn man die gegenwärtig sehr hohe Preissteigerung in Betracht zieht.

§ (Unsere Volkshochschule), deren Vorarbeiten während der Sommermonate geschlossen waren, nimmt bereits in nächster Woche ihre Tätigkeit wieder auf. Die Erfahrungen des ersten Semesters empfehlen aber eine veränderte Form. Unsere Volkshochschule wird mehr den Charakter eines Volksbildungsvereins annehmen, dessen Haupttätigkeit darin besteht wird, alle zwei Wochen abwechselnd Vortragsabende aus allen Gebieten des Wissens in bunter Reihenfolge für jedermann zu veranstalten. Die verschiedensten Gebiete aus Geistes- und Naturwissenschaften werden in streng wissenschaftlicher und doch allgemein verständlicher Form, zum Teil unter Heranziehung erklärender Lichtbilder, behandelt werden. Daneben bleiben wie im vorigen Semester einige kleine Arbeitsgemeinschaften bestehen und auch Sprachkurse sollen bei genügender Beteiligung wieder abgehalten werden. Die Semesterversammlung, auf die wir schon heute hinweisen, findet am Beginn der kommenden Woche statt. Herr Dr. Pöhlmann aus Rastatt wird ein sehr interessantes Thema: „Arbeit und Kunst“ behandeln, in dritteliger Fassung: 1) Arbeitsgebiete (Regulationen), 2) Arbeiterlieder (zur Vorne vorgetragen), 3) Der soziale Gedanke in der Malerei (Bild-

bildervortrag). Alles Nähere in der nächsten Nummer d. Bl.

§ (Vorlicht bei der Annahme von Staatsbürgerrechten.) Drei solche Staatsbürgerrechten sind in der vorigen Woche bei der hiesigen Post angehalten und der Postlei zur weiteren Veranlassung überwiesen worden. Es handelt sich um die grünen Scheine mit dem Frankenkopf. — Heute ist ein solcher Staatsbürgerrechten (braun) mit dem Datum vom 30. November 1918 beim hiesigen Postamt angehalten worden. Auch von diesen Scheinen laichen sehr oft Falschfälsche auf.

(Preis-Eubendische Klassen-Lotterie.)

Die Erneuerung der Klasse 5. Klasse: Preußisch-Eubendische Klassen-Lotterie hat bei Verlust des Anrechts bis spätestens Sonnabend den 30. Oktober, abends 6 Uhr zu erfolgen.

§ (Zum Pferderaub) auf Domains. Bagramsfort, wobei bekanntlich 3 Paar Pferde mehrerer Rassen in die Hände fielen, wird gemeldet, daß die Pferde, die über die Grenze geschafft wurden, sämtlich wiedererlangt worden sind. Auch der Raubhandlatter hofft man habhaft zu werden.

• (Drei Mörder zum Tode verurteilt.)

Das Schwurgericht in Oppeln fällt am Mittwoch in später Nachtstunde ein dreifaches Todesurteil. Angeklagt waren drei Männer, wie sie gegenwärtig in so überaus großer Zahl das ober-schlesische Abstimmungsgebiet dieses unter Unabhängigkeit eines nationalen Minderlebens beanspruchten und Forderungen stellten, die einfach unhaltbar sind und insbesondere die Bewohner des reichen Landes Rühlich in Angst um ihr Leben setzen. In einem Mordakt an die Internationalisierte Kommission in Oppeln hat der ober-schlesische Mordbund ja erst kürzlich wieder auf die große Rinde, die dem ober-schlesischen Volke gerade aus dem wirklich unheimlich überhandnehmenden Verbrechenswesen droht, hingewiesen und die Internationalisierte Kommission ist hinstellend um Schutz und Hilfe gebeten, von der leider von dieser Stelle aus bisher so gut wie gar kein Schutz kam. Auch das Leben des ermordeten Schutzhauptmanns Rostka in Wj mit seiner Familie hat ein typisches Bild, in welcher hangen Angst die Bewohner Oberschlesiens leben. Will sie die Nacht einem Überfall von schwarz bewaffneten Räubern überlassen, müssen sie die Nacht das Gefühl in den Zimmern brennen, ja stellen auf den Tisch sogar eine Waffe, jedoch es von außen den Angreifern haben sollte, als sie jemand am Tische. Trotzdem drangen die drei zum Tode Verurteilten, gegen die noch die Verfahren wegen nicht weniger als 16 weitere Straftaten schweben, nach einem wohlverordneten Pläne in die Wohnung des erschossenen Rostka ein und trafen ihn durch einen Schuß, als er sich aus dem Bett erheben wollte. Als er schwerverletzt wachend am sein Leben hat, da bearbeiteten ihn die Mörder sogar noch mit dem Hammer. Der Schwärzen der Ränder des Gerichtsurteils vor den Rändern war noch in der Gerichtsverhandlung so groß, daß die 14 und 13 Jahre alten Kinder, die Jungen des Mordes an ihrem Vater waren und die Mörder mit voller Bestimmtheit wiedererkennen, in einen Nervenschmerz versetzten, als sie über eine der Mörder vor der Anklagebank aus mit „Du Vamp“ anbrüllte. Die Verhandlung mußte vertagt werden, bis die von der Abstimmungsgeopol 31 aus dem Saale getragenen Kinder sich wieder erholt und die überaus große Erregung im Zuschauerraum sich gelegt hatte. Die Mörder, von denen der eine aus dem Krankenhaus nur mit dem Handgelenk gelassen ist, flankierten nach berühmten Mätern Gefesseltigkeit, doch wurde von den anwesenden Ärzten mit Bestimmtheit festgestellt, daß die Mörder bei Begehung der Tat voll zurechnungsfähig gewesen seien und nur flunkerten. Sie nahmen ihre Todesurteile mit voller Gelassenheit auf. Die zum Tode verurteilten Mörder sind der Arbeiter Wenzel Zimka, der Arbeiter Emanuel Rostka und der Kranführer Vincent Ralsch, alle drei aus Schöndorff.

• (Zum Tode verurteilt.) Das Schwurgericht in Oppeln verurteilt Sonnabend den polnischen Staatsangehörigen Töchterlektion Stanislaw Wjka aus Wengowice zum Tode. Der Angeklagte hatte am 2. August 1918 mit dem polnischen Staatsangehörigen Thomas Hirta den Arbeiterführer Ernst Gerlach und den Hilfsführer Sogorski durch mehrere Revolver-schüsse getötet und die Leiche des Führers Gerlach und den sterbenden Sogorski ihrer Vardachst sowie Waffen und Munition beraubt. Bei der Verhaftung der Verbrecher erschafften diese auf die Sicherheitsbeamten und Gendarmen ein regelrechtes Feuergefecht, wobei Hirta erschossen wurde. Tags zuvor war Wjka bereits wegen Raubes und Gefährdung des Schwurgerichtes zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

• (Voranschläglich keine Erhöhung der Kohlenpreise.) Die vom Kohlenprodukt beantragte Erhöhung der Kohlenpreise um 25 Mark pro Tonne wird, wie verlautet, vom Reichswirtschaftsministerium auch diesmal nicht genehmigt werden, wenn der Reichskohlenverband den Antrag ankommt. Das Reichswirtschaftsministerium wird sich voraussichtlich auf den Standpunkt stellen, daß die Erhöhung der Kohlenpreise eine weitere Verbilligung der Materialkosten der Bahn bedingt.

• (Die Eisenbahnwerkstätte Schneidermühl geschlossen.) Am Mittwoch hat die Arbeiterkammer der Eisenbahnwerkstätte Schneidermühl nach erregten Verhandlungen über die Durchführung des Rauchverbots mit einem der Hauptvorstände dieser Mühl abgegriffen und in einer Betriebsversammlung die Entlassung des Betriebsleiters beschlossen. Die Mühl wurde darauf, den Rauchverband an der Ausführung der Rauchverbote zu verhindern. Die Eisenbahnverwaltung sah sich deshalb gezwungen, die Eisenbahnwerkstätte Schneidermühl am 22. Oktober zu schließen und die gesamten Belegschaft gemäß den Bestimmungen des Reichslohntariffvertrags streiklos zu kassieren. Über die Wiederöffnung der Hauptwerkstätte ist noch nichts bekannt.

• (Eine halbe Million Mark geraubt.) Ein schwerer Raubüberfall wurde Freitag Vormittag 8 Uhr in Gletwitz auf der Barbarastr. kurz vor dem Eingang zur Hauptwagenerwerkstätte, verübt. Als um die gen. Zeit die beantragte Rente der Wagenwerkstätte für die Lohnung bestimmte Summe von 495.000 Mark in Geldscheinen von der Hauptkasse nach dem Verwaltungsbüro der Hauptwagenerwerkstätte bringen wollten, wurden sie kurz vor dem Eingang zur Hauptwerkstätte von fünf bewaffneten Banditen angehalten. Die Banditen hielten ihnen die Revolver vor die Brust und zwangen die Leute zur Herausgabe des Geldes. Trotzdem wurde in ziemlich zögerlicher Weise, gelang es den Banditen, mit ihrem Raube über die Hauptkasse nach dem sogenannten Ersatzmühlchen zu der Richtung nach Gletwitz abzuweichen. Der Überfall spielte sich dem „D. W.“ zufolge bei dem Ubergangsgleis ab und war das Werk nur weniger Augenblicke. Die Banditen trugen mit vorgehaltenen Revolver: „Hände hoch!“, riefen den verängstigten Transportkassieren die Geldscheine aus den Händen und stürmten davon. Die Stationskasse befindet sich gegenüber der Kassenkassette und der Weg von der Kasse bis zum Büro der Hauptwagenerwerkstätte ist kaum 300 Meter weit. Die Ermittlungen nach den Räubern sind sofort aufgenommen worden. Es ist bis schon der zweite Raubüberfall auf einen Geldtransport der Hauptwagenerwerkstätte, offenbar sind auch diesmal die Banditen genau unterrichtet gewesen, daß um die genannte Zeit die Kassenkassette zum Büro gebracht werden. Dieser waren die Transportkassiere unbewußt, so daß sie den Räubern nicht mit gleichen Mitteln entgegenzutreten konnten. Die heutige Gegenüberstellung für die verurteilten Räuberhöfen für. Die ist dafür beabsichtigt. Umform der hätte man dafür Sorge tragen müssen, den Geldtransport besser zu schützen. Im übrigen ist der Raub augenscheinlich von Eingeweihten gut vorbereitet worden.

• (Schwerer Raubüberfall durch 25 Banditen.) Aus Myslowitz wird berichtet: 25 Banditen mit Karabinern, Revolvern und Handgranaten überfielen gestern nachts das Haus des Gutsbesitzers Fiedig in Ditzelkau bei Strehlen und raubten es aus. Edelmütige Kleiderstücke, Wäsche, Schuhe, Ketten, Gold- und Silbergegenstände wurden fortgeführt. Die Geiseln sind aller notwendigen Habe beraubt, man vermutet, den Spuren nach, daß der Raub über die Grenze geschickt worden ist.

• (Prügelstrafe für Bucherer.) Aufgegriffen der rüßigen Verurteilung der Verbandsmittelpreise fordert der Abgeordnete Deermann von der christlichen Volkspartei die Abweisung zum sofortigen Einschnitt an. Hier, die heute 1,65 Mark kosten, wären zu 54 Pf. von Italien erhältlich, wenn die Berliner Reichsbahn die Einfuhr zulassen würden. Die Prügelstrafe um nachzu das Doppelte gegen den Vormonat gestiegen, habe sich der Handel zu billigen Höchstpreisen bereits im Vormonat eingedampft. Deermann erklärt, daß die Erregung der Arbeiterbewegung maßlos wachse und daß sofortige energische Maßnahmen der Regierung gegen die Überwindung durch die Erhöhung von Zuckerrüben- und Prügelstrafen wie in den vorliegenden Fällen erforderlich seien.

• (Raubüberfall.) Am Mittwoch ist der Arbeiter Piewitz von der Sicherheitswache verhaftet worden, weil er im Verdacht steht, beim letzten Polenraub die Frau des Rotenrathens Stronczek erschossen zu haben.

• (Zollan 22. 23. Oktober.) Am vergangen Sonntag fanden hier die Wahlen um die Mitgliedschaft des 5. Bezirks (Ober-Schlesischer Eifel- und Glanverband) statt. Der Tag wurde durch gemeinsamen Rückgang der beteiligten Vereine eingeleitet. Um 30 Uhr waren trotz des unangenehmen Wetters erschienen. Im Eifel gegen Brandowitz regte die Trommelbesetzung (198:172), gegen Koblenz mit 208:112. Die Fußballmannschaft Zollan gewann das Spiel gegen den bisherigen Sieger ihrer Brandowitz mit 4:1 (1:1), gegen Koblenz mit 2:1 (1:1). Unsere Schlagballmannschaft verlor im Spiel gegen Emmagrade mit 25:60. — Wahrscheinlich am kommenden Sonntag werden zur Festsetzung der Bezirksmeister die Wahlen zwischen den Siegern aus dem Verband anstehender. — Die Ortsgruppe Zollan des Reichsbundes für Frauenrelief hat eine Gedenkfeier für Angehörige, die während des Krieges mit Tod und Leben für die Sache der Menschheit gestorben sind, abgehalten.

• (Die Gletwitz-Commission.) Als neues Produkt der unrichtig eingetragenen Vermählung im Kreise Gletwitz ist die Bildung einer sogenannten Gletwitz-Commission zu verzeichnen. Eine Gletwitz-Commission ist die Gletwitz, das von allen, auch die Gletwitz der von der weiblichen Bevölkerung der Gletwitz beabsichtigt wird. Über ihre Tätigkeit ist nichts bekannt. In der letzten Zeit wurde ein Mitglied der Kommission der Gletwitz von der Gletwitz, ebenso der Amtsführer Gletwitz in Mittel-Gletwitz und vor 2 Tagen 2 junge Mädchen auf dem Wege zwischen Gletwitz und Ober-Gletwitz. Die beiden Mädchen sind bis auf's Gletwitz ausgetrieben und beraubt worden. Die Gletwitz ist eingeschüchtert und kein Mensch wagt sich allzu weit auf die Straße, auch Gletwitz vor der Gletwitz-Commission.

• (Rattowitz, 23. Oktober.) Der zwischen Rattowitz und Berlin verkehrende Zug lief in der Nacht zu Mittag gegen 11 Uhr, kurz nach dem Verlassen der Station Rattowitz, auf einem auf dem Gleise befindlichen Rollwagen auf. Dem Lokomotivführer gelang es, 100 Meter vor dem Ende des Gleises die Lokomotive zu stoppen, so daß ein größeres Unglück verhindert wurde. Der Rollwagen wurde zertrümmert, der Zug am hiesigen Stationen ausgenommen. Ein Rollwagen wurde schwer verletzt. Nach einem Anhalten von einer Stunde konnte der Zug die Fahrt nach Berlin fortsetzen, wobei er mit 4 1/2 Stunden Verspätung eintraf. Die der Lokomotive gehörigen Lokomotivführer durch eine Gletwitz-Commission, die eine beträchtliche Summe ergab.

• (Rattowitz, 25. Oktober.) Gestern morgen 5 Uhr wurde der Arbeiter Gletwitz aus seiner Wohnung herausgelockt und beim Herausstreiten aus der Tür durch drei Schüsse niedergestrichen. Man nimmt an, daß Gletwitz, dessen Bruder vor zwei Monaten von Sozialisten erschossen wurde, besteuert worden ist, um einen nachträglichen Angriff zu werden.

• (Gletwitz, 23. Oktober.) Ein schwerer Einbruch wurde in das am Ringe gelegene Warenhaus der Gletwitz-Markus verübt. Die bisher nicht ermittelten Diebe hatten sich durch das an der Gletwitzstraße gelegene Hinterhaus Zugang in die Geschäftsräume verschafft und auf ebenemselben Wege den Ort ihrer Tätigkeit mit einer sehr ansehnlichen Beute an Warenbörden, die einen Wert von 120.000 Mark haben, mitbrachten.

• (Gletwitz, 23. Oktober.) In Gletwitz wurde gestern nachmittags 5 Uhr, wie der Ober-Schlesische Wanderer in der Ober-Schlesischen Wochenschrift mitteilt, auf offener Straße erschossen. Die Mörder sind unbekannt entkommen.

• (Birkenthal, 23. Oktober.) Beim Einzuge des neuen Seelsorgers spielten sich abermals erregte Standhaftigkeiten ab, indem Hunderte von Gemeindegliedern sich vor das Dorf postierten und eine drohende Haltung gegen den Pfarrer einnahmen. Erst als die erhobene Fiste aus der Hand, hielten auf 10 Meter und 30 Meter der französischen Besatzung eintraf, wurde die Menge durch Schüsse zerstreut und die Ruhe wieder hergestellt, so daß der Einzug des Pfarrers erfolgen konnte.

• (Weiden, 23. Oktober.) In Weiden sind heute vormittags 16 französische Tanks eingetroffen, und auch in anderen Städten des Abkühlungsgebietes werden solche Transporte erwartet. Man bringt das Eintreffen der Tanks in Zusammenhang mit den kommunistischen Aktivitäten im Industriegebiet. Nach sicheren Informationen beträgt die Zahl der in Oberschlesien befindlichen Tanks 200.

Der Magistrat gibt durch Aushang bekannt: Für die laufende Woche wird gegen Abschnitt I der Festkarte in den bekannten Festverträgen

stellen verabschiedet: 80 g Schmalz, Preis 2,41 Mk. oder pro Pfund 15,50 Mk. Die Bräutigabschneide sind bis Mittwoch abgegeben, die Warenabgabe erfolgt am Freitag.

Ferner wird in allen Festverkaufsstellen Sympomatenfrei zum Preise von 2 Mk. pro Pfund verkauft.

Am Freitag den 29. d. Mts. findet im Zimmer Nr. 2 die Ausgabe der Brot- und Zuckerrationen für den Monat November statt. Die roten Ausweisarten sind zur Empfangnahme der Rationen vorzulegen.

• (S e n a t m a c h u n g.) Schlusstermin für Anträge auf Charaktererhöhung und Erteilung der Erlaubnis zum Tragen der Uniform.

Mit Rücksicht auf die bevorstehende Beendigung der Bauzeit ist vom Reichswirtschaftsministerium für die Erteilung von Erlaubnissen ehemaliger Offiziere und Vorposten-Unteroffiziere des alten Heeres auf Charaktererhöhung und Erlaubnis zum Tragen von Uniform der 20. Dezember 1920 als Schlusstermin festgesetzt worden.

Anträge müssen deshalb bis zum 20. Dezember 1920 bei dem Abteilungsamt 6. Armeeoberkommando, Breslau I, Bürgerwerber, schriftlich gestellt sein. Später eingebrachte Anträge dürfen keine Berücksichtigung finden.

Breslau, den 20. Oktober 1920.
Abteilungsamt VI. Armekorps.

• (S e n a t m a c h u n g.)

Auf Grund des Erlasses des Herrn Ministers für Volkswohlfahrt vom 2. August d. J. — S. 3/41 — wird das bisherige Freigabeverfahren für alle Arten von Bauhoffen in vollem Umfange bis auf weiteres hiermit aufgehoben.

Es läßt daher von jetzt ab sowohl die Vorprüfung durch die unteren Bauaufsichtsbehörden, wie die Nachprüfung des Bauhoffens durch die Bauaufsichtsstellen fort. Anträge auf Bauhoffenstellung sind nicht mehr erforderlich. Die Bauhoffen können bis auf weiteres ohne Freigabeschein im freien Handel verkauft und abgebaut werden.

Die Aufhebung des Freigabeverfahrens erfolgt unter der Voraussetzung, daß die Sicherstellung der Bauhoffen für die gemeinnützigen Bauten, insbesondere Kleinwohnungen, gewährleistet bleibt. Ich behalte mir daher vor, die erforderliche Maßnahmen auf Grund der bisherigen Bestimmungen — vor allem auf Grund der Verordnung zur Sicherung der dringenden Wohnnot — vom 9. Dezember 1919 (R. G. Bl. 1919 Nr. 237) — zu treffen, falls diese gemeinnützige Bauarbeiten nicht zu brechen sein sollte.

Die Bestimmungen über das Ausfuhrverbot von Bauhoffen nach dem Ausland werden durch die Aufhebung des Freigabeverfahrens nicht berührt. Einmalige Anträge sind mir deshalb in Zukunft vorzugewechselt. Einholung der Genehmigung des Herrn Volkswohlfahrtsministers.

Die durch die Bauanweisung vom 15. Januar 1918 — Nr. A. 15330 G. Bl. S. — ausgesprochenen Maßnahmen der Beseitigung von Mauerfeuchten u. s. w. wird durch die Aufhebung des bisherigen Freigabeverfahrens nicht berührt. Auch die Festsetzung von Höchstpreisen und die Stoffverteilung für die Baustoffe erfolgt nach wie vor durch die Bauaufsichtsstellen.

Oppeln, den 24. September 1920.

Der Regierungspräsident.
F. v. d. Unterstadt.

Anordnung betreffend das Bauverbot für alle nicht notwendigen Bauten.

Auf Grund der §§ 12 und 13 der Verordnung zur Sicherung der dringenden Wohnnot vom 9. Dezember 1919 (R. G. Bl. S. 1908) bestimmt ich Folgendes:

1. Die Ausführung aller Bauten, deren Notwendigkeit von mir beurteilt wird, ist verboten.
2. Als nicht notwendig gelten grundsätzlich:
 - a) Neubauten, Umbauten, Erweiterungen und dergl.
 - b) Wohnungen von mehr als 150 qm Gesamtgrundfläche. Als Grundfläche gilt die tatsächliche Wohnfläche einschl. Flure, Küche, Bad, Abort und sonstigen Nebenräume, aber einschl. Keller, Bodenkeller und dergl. Begleit- und Befestigung derartiger Bauten kann nur im Einzelfalle nach Prüfung der besonderen Verhältnisse von mir ausnahmsweise zugelassen werden.
3. Grundsätzlich als notwendig anerkannt werden:
 - a) Alle Reichs- und Staatsbauten, soweit sie öffentlichen Zwecken dienen,
 - b) die Deckungen von Wohnungen bis zu 70 qm Grundfläche in Klein- und Mittelhäusern nach Umwandlung oder Neubau,

c) Stoffgebäude und Wirtschaftsgebäude bis 40 qm Grundfläche u 400 qm Rauminhalt,
d) Ausbesserungen und Umbauten bestehender Gebäude, solange nicht die Konstruktions des Gebäudes oder die Nutzungsart der Räume wesentlich geändert wird.
Derartige Bauanträge sind mir nicht vorzulegen, sondern können ohne weiteres von der zuständigen Baupolizeibehörde, sofern die baupolizeilichen Vorschriften entsprechen wird, genehmigt werden.

4. Bei allen nicht unter Z 3 angeführten Bauten ergibt meine Entscheidung im Einzelfalle. Die Bauanträge sind mir deshalb durch die Hand der zuständigen Baupolizeibehörde vorzulegen. Eine baupolizeiliche Genehmigung darf vor meiner Genehmigung nicht erteilt werden.

Die Bestimmungen über die baupolizeiliche Prüfung und Genehmigung, sowie die Vorschriften des Baurechtsbuchs vom 10. August 1904, des Baupolizeibuchs vom 2. Juli 1875 und des Wohnungsgesetzes vom 28. März 1918 werden durch vorstehende Anordnung nicht berührt.

5. Wer als Bauherr oder als Baupolizeibehörde dem Bittsteller der Z 1 und 2 vorzulegen gemäß handelt, wird mit Geldstrafe in Höhe des doppelten Wertes des Bauwerks, soweit nachschätzbar in Aussicht genommen ist, nicht mehr als jedoch 10000 Mark und höchstens 150000 Mark bestraft.
Daneben kann auf Geldstrafe bis zu sechs Monaten erkannt werden (vergl. § 18 a. d. O.).

6. Diese Anordnung tritt mit dem Tage ihrer Bekanntmachung im Regierungs-Blattblatt in Kraft.
Oppau, den 24. September 1920.

Der Regierungspräsident, Bezirkswohnungs-Kommissar.

A. B. als Vertreter.

Donnerstag den 28. Oktober 1920, nachmittags 3 Uhr
findet im Stadtorbarden-Sitzungs-Saale eine öffentliche Sitzung der
Stadtverordneten-Versammlung
statt, zu welcher die Mitglieder unter Hinweis auf § 2 der Geschäftsordnung eingeladen werden.

Tagesordnung:

1. Erhöhung des Licht- und Wasserpreises.
 2. Vergütung der Arbeiter im städtischen Krankenhause.
 3. Bewilligung von 1403,70 M. an Herrn Krammer für Schenke für angestellte Bauarbeiter.
 4. Regelung der Gehälter der städtischen Beamten und Angestellten nach den Grundsätzen des preussischen Beamten-Gehaltengesetzes und Beamten-Regelgesetzes vom 7. Mai 1920.
 5. Beschaffung eines Spielplatzes.
 6. Wahl einer Kommission zur Prüfung der Jahresrechnungen.
 7. Verkauf des diesjährigen Holz-Einschlages.
 8. Kenntnisnahme von dem Kostenabgleich der Rammerei- und Sparkasse pro Monat September etc.
 9. Beigl. von der Kündigung d. Betriebsleiters Wiesemann.
 10. Beigl. von der Veranbarung des Kassakontrollen Spielplatzes.
 11. Eintrag des Polizei-Wachmeisters Kolanda um Zahlung von Voll-Dienstentlohn.
 12. Erhöhung des Schulgeldes an der höheren Knaben- und Mädchenschule.
 13. Antrag des p. Ogermann und Genossen auf Beseitigung der hölzernen Rohre der früheren Wasserleitung.
- Sohrau OS., den 23. Oktober 1920.
Kuss, Stadtverordneten-Vorsitzer.

!!! Für Allerheiligen !!!

— empfehle —

Kränze

in allen Preislagen.
Ag. Kempny, Gärtnerei,
Baranowitzer Chaussee.

Out erhaltene

Drehmangel

umzugs halber zu verkaufen. Wo? sagt die Exped. d. Bl.

Landwirtschaft

48 Morgen in Niedererschleien, in kleinerer Wirtschaft in Gegend Sohrau zu verkaufen.
Josef Goy, Ober-Gläfersdorf
Kreuz Lüben, Niedererschleien.

Gute Musik

(14—18 Alter täglich) steht preiswert zum Verkauf. Wo? sagt die Geschäftsstelle d. Zig.

Geschäftseröffnung!

Dem geehrten Publikum von Sohrau und Umgegend zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich mit dem heutigen Tage ein

Zigarren-, Zigaretten- u. Tabakgeschäft

im Hause des Hotelbesizers Herrn Josef Nowak in Sohrau Ring eröffne.

Um gütigen Zuspruch bittet

Paul Langer,
Hauptgeschäft Beuthen OS.

Einem geehrten Publikum von Sohrau und Umgegend teile höflichst mit, dass ich das

Schmiedegeschäft

von Frau **Antonie Nowak**, Bahnhofstrasse übernommen habe und unter meinem Namen weiter führen werde.

Es wird stets mein Bestreben sein, durch solide Arbeit und reelle Preise das volle Vertrauen meiner Kunden zu erwerben und empfehle mich mit dieser Versicherung den geehrten Bewohnern unserer Stadt und Umgegend bestens.

Hochachtungsvoll

Karl Minol,
Schmiedemeister.

Spiel- u. Eislauf-Verein.

Freitag den 29. Oktober, abends 8 Uhr
Sitzung im Hotel „Zur Post“.

Der Vorstand.

Grablämpchen

in verschiedenen bunten Farben offeriert allerbilligst

Leopold Boder Inh. Georg Kaulsch.

Wichtig für Jagdbesitzer, Förster u. Pächter!
Dieser Tage trifft ein größerer Posten

prima rauchlose

Jagdpatronen

verschiedener Nummern und Sorten ein.

Leopold Boder Inh. Georg Kaulsch.

Wer erteilt fleißigem, anständigen Stellmacher wöchentlich abends 1—2 Stunden

Unterricht im technischen Planzeichnen?

Angebote erbeten an die Exped. d. Bl.

Für Wiederverkäufer!

Jade, Axa, Weltkette,
Dicke Bohnen, Pten,
Okassa, Rarität und
— andere Marken —

zu Original-Fabrikpreisen zu haben.

St. Kulas,

Spezial-Cigarren-Geschäft,
Sohrau, Ring 30.



1 fast neuer Damen-Wintermantel und andere getragene Kleidungsstücke. Neben preiswert zum Verkauf. Näheres Friedrichstraße 28/29.

Für Allerheiligen

empfehle

große Auswahl in
Kränzen

in allen Preislagen u. nehme Bestellungen schon jetzt entgegen. Ebenso blühende Topfpflanzen.

Gärtnerei
Barietzki.

Allen Bekannten und Freunden von Sohrau und Umgegend rufen wir bei unserem Scheiden ein herzliches Lebewohl!

zu.
Vergesst nicht, daß Ihr Deutsche seid, und erfüllt Eure Pflicht!

Familie Wiesemann.

Sonnabend, den 30. Oktober: Bergmanns-Bergnügen

im Broß'schen Saale.

Sämtliche Vergleute von Sohrau laden wir hierzu ergebenst ein.

Anfang 5 Uhr.

Der Vergnügungsausschuß.

Für Allerheiligen

empfehle

Grabränze
Gärtnerei Borsutzki, Sohrau (Zostawa).

Eine Badewanne zu kaufen gesucht. Offerten an die Exped. d. Bl.

Gefunden eine Markttasche. Gegen Erstattung der Inserationsgebühren abzuholen bei **Schmiedegeschäft**

Ein Rutscher

wird gesucht.

Georg Badrian,

Bahnbedienter, Sohrau OS.

Kinderwagen, Sportwagen

bestens preiswert ab Fabrik
Engelmann, Sohrau, 2 Min. vom Bahnhof.

Ein Lehrling

kann in meiner Buchdruckerei bald oder später eintreten.

P. Hunold.

Knaben oder Mädchen

zum Austragen des Stadtblattes können sich melden.
P. Hunold.